

Antrag (SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE)

Majorel Servicecenter am Standort Schwerin erhalten – möglichst viele Arbeitsplätze sichern

14. Stadtvertretung vom 07.12.2020; TOP 29; DS: 00558/2020

[SessionNet | Bürgerinformationssystem der LHS Majorel Servicecenter am Standort Schwerin erhalten – möglichst viele Arbeitsplätze sichern](#)

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

Die Landeshauptstadt Schwerin ist seit vielen Jahren ein wichtiger Standort für Servicecenter verschiedenster Unternehmen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit waren derartige Arbeitsplätze für viele Beschäftigte oft die einzige Chance auf einen Verbleib und eine berufliche Perspektive in der Heimat. Die Stadtvertretung solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Majorel Servicecenters und bittet den Oberbürgermeister im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung, dem Wirtschaftsministerium des Landes und dem Betriebsrat alle Möglichkeiten zu erörtern und zu nutzen, die dazu geeignet sind, den Schweriner Standort mit möglichst vielen Arbeitsplätzen zu erhalten.

Hierzu wird mitgeteilt:

Auf der Grundlage und im Zusammenhang mit den geführten Telefonaten am 17.12.20 und 11.01.21 wurde am 03.02.21 ein weiteres Telefonat der Fachgruppe Wirtschaft der LH Schwerin mit dem Referat 220 - Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen, Fachaufsicht Invest in MV GmbH des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Sippel, mit folgenden Ergebnissen zum Thema MAJOREL geführt:

- Am 28.01.21 erhielt das Ministerium eine Mail der Geschäftsleitung von MAJOREL (Herrn Langjahr), in dem dargestellt wurde, dass man als Majorel- Geschäftsleitung weiter in Gesprächen mit den jeweiligen Betriebsräten in den betroffenen Standorten zur möglichen Überleitung von Standorten, Interessenausgleiche, Sozialplänen stehe// an der Schließung der Standorte halte man fest;
- Es gäbe auch durchaus Ansätze/Interessen an möglichen Teilübernahmen an einzelnen Standorten
- Die Schließungen sollen ja erst zum Dezember 2021 erfolgen, insoweit sei zeitlich Spielraum für die Prüfungen/Gespräche vorhanden;

Herr Sippel wies auch noch einmal auf laufende Aktivitäten von politischen Vertretern der betroffenen Bundesländer an die Bundeskanzlerin, den Ostbeauftragten und den Bundeswirtschaftsminister zur Thematik hin (u.a. Fraktion der SPD MV etc.).

Die weiteren Gespräche bleiben abzuwarten.